L1 Gegen Nazis Hand in Hand - Antifa und Widerstand

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt

29.02.2024 Beschlussdatum: Tagesordnungspunkt: 3.1 Leitantrag

Antragstext

Zwischen Rechtsruck und "Remigration"

- Die Umfragewerte für rechtsextreme Parteien wie die AfD steigen unaufhörlich an,
- während rechte Ideologien nicht mehr nur am Rande, sondern in der Mitte unserer
- Gesellschaft salonfähig werden. Diese verheerende Entwicklung ist nicht nur eine
- politische Tendenz, sondern eine gesamtgesellschaftliche Welle, die die
- Grundpfeiler unserer freiheitlich demokratischen Ordnung bedrohen.
- Inmitten dieser Entwicklung trafen sich in Potsdam Vertreter*innen
- rechtsextremistischer Gruppierungen, wie der AfD, Industriellen und Mitgliedern
- der Werte Union,. Unter ihnen war auch der Fraktionsvorsitzende der AfD
- Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund. Gemeinsam sprachen sie unter dem Begriff der
- "Remigration" über die millionenfachen Deportationen aus Deutschland.
- Diese extremistischen Ansichten verdeutlichen die Tragweite des
- gesellschaftlichen Rechtsrucks und zeigen ganz klar, dass die Bedrohung durch
- rechte Ideologien nicht länger nur eine politische Frage, sondern auch eine
- existenzielle Herausforderung ist, der wir mit aller Entschlossenheit und
- Einigkeit entgegentreten müssen, um unsere freie Gesellschaft zu bewahren.

Hand in Hand für Antifaschismus

- Die gesellschaftliche Ablehnung des zunehmenden Rechtsruck findet ihren Ausdruck
- in den beeindruckend großen und gut besuchten Demos gegen Rechts. Diese
- Demonstrationen sind nicht nur ein Zeichen des Protests, sondern auch ein
- eindrücklicher Beweis dafür, dass in der Zivilgesellschaft der Rechtsextremismus
- als die existenzielle Gefahr angesehen wird, die er ist. Millionen von Menschen
- aus allen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen vereinen sich, um gemeinsam
- gegen Hass, Ausgrenzung und rechte Ideologien zu kämpfen. Ihre Präsenz auf den
- Straßen ist ein starkes Signal der Solidarität und des Widerstands gegen
- diejenigen, die unsere Demokratie und unsere Werte bedrohen.
- Die breite Mobilisierung und die vielfältige Beteiligung zeigen, dass die
- Menschen bereit sind, aktiv gegen rechte Ideologien einzutreten und sich für
- eine Gesellschaft ohne Hass und Ausgrenzung einzusetzen. Die Demos gegen Rechts
- sind nicht nur eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse, sondern auch ein Ausdruck
- des tief verwurzelten Bedürfnisses nach sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.
- Sie sind ein Beweis dafür, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle
- bei der Bekämpfung von Rechtsruck und rechtsextremen Tendenzen spielt.
- Es wird zunehmend erkannt, dass die rechte Ausgrenzung nicht nur
- Asylbewerber*innen betrifft, sondern alle, die nicht in das völkische Bild der
- AfD passen oder sich nicht dem rechten Gedankengut beugen wollen. Diese
- Ausgrenzung erstreckt sich über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und
- bedroht die Grundpfeiler unserer Demokratie. Daher ist es von entscheidender
- Bedeutung, dass wir uns als Zivilgesellschaft geschlossen gegen diese
- Entwicklung stellen und deutlich machen, dass wir für eine offene,

- pluralistische Gesellschaft eintreten, in der jeder Mensch gleiche Rechte und Würde hat.
- 43 Antifaschismus und seine Wurzeln
- 44 Das antifaschistische Engagement erfordert eine aktive Auseinandersetzung mit
- 45 rechter Einflussnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei stehen die
- 46 Ziele und Grundsätze des Antifaschismus im Mittelpunkt: die Verteidigung der
- Demokratie und Menschenrechte sowie der Einsatz für eine offene, vielfältige
- 48 Gesellschaft ohne Diskriminierung und Ausgrenzung. Solidarität und Empathie
- 49 spielen eine entscheidende Rolle, indem Opfer rechter Gewalt und Diskriminierung
- unterstützt werdenund sich für eine solidarische Gesellschaft eingesetzt wird.
- In diesem Kontext ist es unerlässlich, den Antikapitalismus als Teil des
- Antifaschismus zu verstehen. Der westliche Kapitalismus verstärkt die soziale
- und materielle Ungleichheit, wobei migrantisierte Menschen auf besondere Weise
- betroffen sind. Deshalb sind die Bekämpfung von Rechtsruck und Ungerechtigkeit
- untrennbar. Nur durch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen
- 56 können wir langfristig gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorgehen und eine
- gerechtere Welt für alle schaffen. Es ist an der Zeit, dass wir uns gemeinsam
- für eine Gesellschaft einsetzen, die auf Solidarität, Gleichheit und
- Menschlichkeit basiert, und uns entschlossen gegen jede Form von Unterdrückung
- 60 und Ausbeutung stellen.
- Die Rolle der Politik im Kampf gegen den Faschismus
- Nicht nur aus der Zivilgesellschaft oder den unzähligen Demonstrationen, die in
- den Städten und Dörfern überall in Deutschland stattfinden, werden die Rufe nach
- der Verteidigung unserer Demokratie und dem Kampf gegen den Faschismus laut.
- 65 Auch aus allen demokratischen Parteien in Deutschland hört man Bekenntnisse für
- 66 eine demokratische Gesellschaft und eine klare Kante gegen den Faschismus. Diese
- 57 sind in der Regel mit der Forderung verbunden, dass jetzt alle demokratischen
- 68 Kräfte gemeinsam an einem Strang ziehen müssen, um dem anwachsenden
- Rechtsextremismus in diesem Land standhalten zu können.
- Durch dieses Bekenntnis für die Demokratie und gegen faschistische Kräfte in
- 71 Deutschland verzeichnen vor allem die vermeintlich linken Parteien einen
- 72 signifikanten Mitgliederzuwachs. Die Grünen konnten beispielsweise im Januar
- 73 2024 mehr als 4500 Neumitglieder verzeichnen, so viele wie selten zuvor. Aus
- dieser Bewegung müssen jetzt jedoch auch Taten folgen.

75 Antifa heißt Wohlfahrtsstaat

- Richtig ist, dass der Kampf gegen den massiven Rechtsextremismus in der
- Gesellschaft und die Zustimmungswerte zu rechtsextremen Parteien wie der AfD den
- Zusammenhalt aller demokratischen Kräfte benötigt. Richtig ist aber auch, dass
- 79 die Politik sich ihrer herausgestellten Rolle in dieser Situation bewusst sein
- muss. Denn die Wahlerfolge und Stärke rechtsextremer Gruppierungen und Parteien
- wie der AfD ist nicht rein zufällig geschehen. Der Nährboden rechtsextremer
- Politik liegt nämlich zum Teil auch in der Unzufriedenheit der Gesellschaft. Die
- multiplen Krisen der letzten Jahre, sei es die Inflation, Kriege, die mit großen
- 84 Flüchtlingsbewegungen einher gingen oder die Energiekrise, haben ungemein zum
- 85 Erstarken der AfD beigetragen. Denn die AfD liefert einfache Scheinlösungen auf
- die schweren und komplizierten Krisen und Fragen unserer Zeit. Dass diese
- 87 Antworten nicht nur grundlegend falsch, sondern auch eine reelle Gefahr für uns

- alle darstellen, scheint keine besondere Rolle für deren Sympathisant*innen zu spielen.
- Die Politik der letzten Jahre hat es an vielen Stellen versäumt, auf die Sorgen
- 91 der Menschen und die multiplen Krisen in diesem Land sozialgerechte Antworten zu
- liefern.. Statt einer sozialen Politik wurden in weiten Teilen der
- Parteienlandschaft die rechten Narrative der AfD unverändert oder in
- 94 abgeschwächter Form übernommen.i Dadurch rückte der politische Diskurs in
- Deutschland immer weiter nach rechts. Das stärkt am Ende nur die AfD selbst.
- 96 Gegen rechtsextreme Politik hat es und wird es auch nie helfen, wenn die anderen
- 97 politischen Kräfte auch mit ihrem Diskurs und ihren Positionen weiter nach
- 98 rechts rücken. Uns allen sollte klar sein, dass gegen eine rechtsextreme Politik
- nur eine linke und soziale Politik für die Menschen hilft. Die etablierten
- Parteien tragen somit eine Mitschuld am Erstarken der AfD und deshalb ist es
- jetzt essenziell, dass man hier gegensteuert.
- Der Ausspruch "Antifa heißt Wohlfahrtsstaat" darf nicht länger nur eine lose
- 103 Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik werden,
- die die Menschen endlich wieder in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.

105 Deshalb fordern wir:

106 Antifa heißt Wohlfahrtsstaat!

- Gerade in Zeiten von Krisen ist es wichtig, die Grundbedürfnisse aller Menschen
- abzusichern und die Möglichkeit auf soziale Teilhabe zu garantieren! Es muss
- mehr Geld für Kinder- und Jugendhilfe geben, BAföG sollte unabhängig vom Gehalt
- der Eltern gezahlt werden und auch die Kindergrundsicherung muss weiter
- angehoben werden! Außerdem fordern wir bezahlbaren Wohnraum, denn es geht
- 112 Menschen nur gut, wenn sie ein sicheres Dach über dem Kopf haben und sich den
- 113 nächsten Wocheneinkauf leisten können!

114 Frühzeitige Aufklärung und Bildungsarbeit

- Rechtsextreme Ideologien sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Insbesondere,
- 116 wenn sie einfach ungefiltert in den Sozialen Medien, wie auf TikTok oder
- Instagram landen. Wir setzen uns für Aufklärung und Einordnung von
- rechtsextremen Ideologien ein, sodass sich alle über die Gefahren dieser Inhalte
- 119 klar werden können. Diese Aufklärung muss sowohl in Bildungseinrichtungen als
- 120 auch in der Öffentlichkeit stattfinden.

21 Betroffene empowern!

- 122 Antifaschistisch zu sein braucht in einer immer weiter nach rechts rückenden
- Gesellschaft Mut. Wir müssen insbesondere marginalisierte und von Hass
- betroffene Gruppen vor rechter Gewalt schützen und empowern, damit sie ihre
- 125 Stimme nutzen können. Hierfür müssen wir ein sicherer Anlaufpunkt für genau
- diese Menschen werden, ihnen solidarisch zur Seite stehen und sie ermutigen,
- sich zusammenzutun und Banden zu bilden.

28 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken!

- Auch die Zivilgesellschaft darf nicht außen vor gelassen werden. Besonders die
- "Proteste gegen Rechts" zeigen was für eine starke und laute Botschaft eine
- aufgeweckte Zivilgesellschaft aufzeigen kann. Wir wollen diese Proteste und

- Demonstrationen fördern, indem wir dort ebenfalls Gesicht und Solidarität
- zeigen. Es ist gerade jetzt wichtig, dass diese zivilgesellschaftlichen
- 134 Initiativen gegen Rechts nicht an Motivation und Kraft verlieren, also lasst uns
- gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!
- Abgrenzung von Rechts auf jeglichen politischen Ebenen!
- 137 Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Grenze nach rechts in der Politik immer
- wieder überschritten wird! Durch dieses Verhalten werden rechte Gedanken und
- 139 Ideen immer weiter in die gesellschaftliche Mitte getragen. Aus diesem Grund
- fordern wir eine Abgrenzung von jeglichen rechten Parteien, Organisationen und
- 141 Institutionen in der Politik, nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landes-
- und Kommunalebene. im Bundestag, sondern auch auf kommunaler Ebene.